



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84881 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/117 - 28. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 - 2 | Was wird aus der westlichen Bündnispolitik ? Frankreichs Staatskrise zwingt zu dieser Frage | 76 |
| 3 | CDU-Doppelspiel mit der Volksbefragung Nach dem Spruch von Karlsruhe | 44 |
| 4 - 5 | "Ich dachte, die ganze Welt geht unter" Als die Nike-Raketen explodierten | 99 |
| 6 - 7 | Lübecker Impressionen Pfarrer Stellbrink und Pensionär Lautz | 75 |

* * *
* * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen Artikel von MdB. Ulrich Lehmar "Der Sozialismus zwischen Gestern und Morgen", ein Beitrag zur Diskussion über das Grundsetzprogramm der SPD.

* * *

Was wird aus der westlichen Bündnispolitik?

G.M. Die dramatischen Ereignisse in Frankreich, Algerien und auf Korsika - ganz gleich, ob General de Gaulle Regierungschef wird oder nicht - lassen erneut die Frage auftauchen, welches Schicksal das westliche Bündnisystem erwartet. Man hatte sich besonders in der Bundesrepublik daran gewöhnt, Frankreich als einen Stützpunkt des westlichen Bündnisystems zu betrachten, dessen Festigkeit im Sinne der sogenannten atlantischen Politik garantiert zu sein schien. Jedenfalls stellte es die offiziöse und offizielle bundesrepublikanische Publizistik so dar.

Die Außenpolitik der Bundesregierung beruhte in den vergangenen Jahren im wesentlichen auf der engsten Zusammenarbeit zwischen dem Westen Deutschlands und Frankreich. Permanente Krisenereignisse der Vierten Republik wurden geflissentlich ignoriert. Gewiss war die Annäherung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland eine wichtige Aufgabe der europäischen Politik im Sinne der Überwindung inner-europäischer Spannungen. Gleichzeitig aber musste auch die ungebrochene, durch viele Verträge untermauerte Bindung zwischen dem westlichen Teil Deutschlands und Frankreich zu einer Verzahnung teildeutscher Interessen mit denen der Französischen Republik führen.

Als der Krieg in Algerien begann, als sichtbar wurde, dass auch das demokratische Frankreich den schmerzlichen Emanzipationsprozess des algerischen Volkes mit den überholten Mitteln der "klassischen" Kolonialpolitik unterbinden wollte, ging die Regierung der Bundesrepublik den einmal eingeschlagenen Weg blind weiter. Sie wollte nicht zur Kenntnis nehmen, dass Frankreich wirtschaftliche und politische Schwäche in diesem Algerienkrieg ausgezehlt wurde und dass demzufolge die "atlantische Konstruktion" tödliche Wunden erhalten musste.

Frankreich hat seine NATO-Divisionen aus der Bundesrepublik abgezogen; sie stehen in Algerien. Starke Kontingente der Französischen Fallschirmjäger und der Fallschirmjäger sind deutschsprachig. In den Augen der arabischen Welt bedeutet allein dieser Patzestand eine Verminderung des deutschen Ansehens. Rund eine Milliarde Mark zahlt die Bundesrepublik an Frankreich Stationierungskosten für Truppen, die gar nicht mehr in Europa sind und für die Fortsetzung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Nordafrika. Vielfach wird behauptet, dass dieses Geld ein indirekter finanzieller Beitrag für die Fortführung des Französischen Kolonialkrieges in Nordafrika ist.

28. Mai 1958

Keine der vorausgegangenen Französischen Regierungen ist imstande gewesen, einen konstruktiven Plan zur Lösung des Algerien-Problems zu entwickeln. Die Militärausgaben wurden erhöht, und Versuche von algerischer Seite, mit Frankreich ins Gespräch zu kommen, wurden ignoriert. Sogar tunesische Vermittlungsvorschläge wurden von Paris abgelehnt.

Selbst wenn es der demokratischen Mitte Frankreichs gelingen sollte, die gegenwärtige Staatskrise zu überwinden, bleibt das Problem Algerien und alle damit in Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten Frankreich selbst ungelöst. Wenn die westliche Bündnispolitik mit Frankreich dann fortgesetzt werden soll, werden die anderen Bündnispartner bares Geld zahlen müssen. Frankreich selbst ist erschöpft.

So paradox es klingen mag: die französischen Kommunisten mit der von ihnen geführten grossen Gewerkschaft CGT (Confédération Générale du Travail) sind in diesem Augenblick - wenigstens theoretisch - die einzige Massenorganisation, auf die sich eine republikanische Regierung ohne de Gaulle stützen könnte. Wenn eine solche Regierung das Hilfsangebot der Kommunisten annehmen würde, müsste sie dafür einen Preis zahlen. Der Preis wäre eine Regierung der "Volksfront" mit Einbeziehung der Kommunisten, und die Bedingung für die Bildung einer solchen Regierung wäre die Aufgabe oder mindestens Lockerung des westlichen Bündnisystems.

Auf der anderen Seite steht de Gaulle. Man behauptet von ihm, er habe für die Lösung des Algerien-Problems bestimmte Vorstellungen, die in der Schaffung einer nordafrikanischen Föderation (Tunis, Algerien, Marokko) im Rahmen der Französischen Union gipfeln. Wie es heisst, soll die algerische Widerstandsbewegung diesem Plan nicht unsympathisch gegenüberstehen. Aber auch von de Gaulle weiss man, dass er die Politik der westlichen Verträge revidieren will. Ihm schwebt ein "Grosses Frankreich" als Führungsnation in Europa vor, das gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn eine Mittlerrolle zwischen Moskau und Washington einnimmt. Wenn de Gaulle also auf irgendeine Weise an die Macht kommen sollte, dürfte auch in diesem Fall die Revision der westlichen Bündnispolitik auf der Tagesordnung stehen.

Es ist im Augenblick schwer zu sagen, welche Art von Politik sich in Frankreich durchsetzen wird. Feststehen dürfte nur, dass mancher bündnisrepublikanische Politiker vor der Aufgabe steht, liebgegewordene Schemata von der "Einheit der westlichen Politik" an den Nagel zu hängen.

CDU-Doppelspiel mit der Volksbefragung

F.B. In den Mittwoch-Abendstunden hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes dem Antrag der Bundesregierung entsprechen und durch einstweilige Anordnung die Hamburger Volksbefragung über die stonare Bewaffnung ausgesetzt. Dieser Beschluss kommt nicht überraschend.

Es ist hier nicht der Ort, die Argumente zu prüfen, die das Bundesverfassungsgericht bewegen haben, den Wünsche der Bundesregierung zu entsprechen. Vor einem aber muss man die Bundesregierung dringend warnen, und das vor allem in Hinblick auf den beginnenden Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen: nämlich, die Karlsruhe Entscheidung so auszulegen, als wenn damit zusätzliche "Argumente" für die von der Bundesregierung behauptete Verfassungswidrigkeit von Volksbefragungen gebracht worden seien. Das ist nicht der Fall. Die einstweilige Anordnung hat mit der Frage der Verfassungsmässigkeit überhaupt nichts zu tun, denn darüber wird erst im Normenkontrollverfahren entschieden.

Insofern geht der erste Kommentar von Bundesinnenminister Schröder, der davon sprach, dass diese Entscheidung zur Bewahrung des Verfassungsfriedens beitragen möge, völlig an den Dingen vorbei. Wenn der Verfassungsfrieden in der letzten Zeit überhaupt bedroht war, dann ausschliesslich durch das Verhalten der Bundesregierung selbst.

Man kann fast mit Sicherheit voraussagen, dass die Bundesregierung in den kommenden Wochen das Argument der angeblichen Verfassungswidrigkeit noch stärker strapazieren wird als bisher. In der Zwischenzeit aber liegt ein neuer Beweis vor, der eindeutig aufzeigt, dass es der Bundesregierung gar nicht um die Verfassung und erst recht nicht um das angeblich verletzte Recht geht, sondern das ausschliesslich parteipolitische Überlegungen ihr Verhalten bestimmen.

Die SPD hat immer schon darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung und die CDU/CSU ein Doppelspiel betreiben. Auf der einen Seite werden die Argumente der Verfassungswidrigkeit ins Spiel gebracht, auf der anderen Seite aber hat man sich den Weg freigehalten - wenn Karlsruhe im Sinne der Bundesregierung negativ entscheidet - selbst eine Volksbefragung mit demagogischen verdrängten Fragen durchzuführen. Jedesmal, wenn die SPD diese Doppelspielerei ansprach, hat die Bundesregierung und die CDU/CSU verbissen sementiert und erklärt, dass für sie nie und nimmer eine Volksbefragung in Betracht käme.

Man hat der Bundesaussenminister am 25. Mai 1958 in Waldmichelbach in Gänwald Journalisten empfangen und nach Agentur-Meldungen heisst es:

"Brentano erklärte, wenn das Bundesverfassungsgericht entgegen seinen Erwartungen die Volksbefragung für gesetzmässig halten sollte, dann würde die Bundesregierung selbstverständlich das Volk fragen".

Hier liegt also jetzt der eindeutige Beweis dafür vor, welches schändliches Spiel man treibt. Auf der einen Seite stellt man sich als den Grahshüter der Verfassung dar, auf der anderen aber hat man heimlich bereits die Pläne fertig, um eigene Volksbefragungen durchzuführen.

28. Mai 1958

"Ich dachte, die ganze Welt geht unter"

Mehrere deutsche Städte - darunter Darmstadt, Mainz und Würzburg - haben sich gegen die Aufstellung von NIKB-Abschusshasen in der Nähe von Ansiedlungen zur Wehr gesetzt. Von hohen und höchsten Stellen wurden die Stadtväter beruhigt. Man sagte ihnen, NIKB-Abschusshasen seien "völlig ungefährlich"...

+ + +

sp - Am 22. Mai 1958 ist ein militärtechnisches Märchen in die Luft aufgefliegen. In dem kleinen Ort Middletown / New Jersey, rund 80 km südlich von New York, explodierte in einer der 20 Fla-Raketen-Stellungen von die Metropole acht Leerkörper vom Typ NIKB-AJAX. Middletowns Bürgermeister Frank W. Blaisdell sagte nach der Detonation, die die ganzen Vereinigten Staaten aufschreckte, weil dortartige NIKB-AJAX-Stellungen an 23 Grossstädte aufgebaut sind. "Das war etwas ganz Schreckliches, das keiner von uns erwarten konnte. Es ist uns immer wieder versichert worden, dass es etwas nicht geschehen könnte!" Brigadegeneral Charles E. Duff, Kommandeur der 52. Luftabwehrbrigade, bezeichnete die Katastrophe als etwas, "was nicht geschehen konnte, aber doch geschah. Was hier in Middletown geschah, ist ein Beispiel für die Fehlbarkeit der Theorie". Der Beweis "für diese Fehlbarkeit der Theorie kostete zehn Menschen, Soldaten und Zivilisten, das Leben, einige von ihnen wurden innerhalb von Sekundenbruchteilen als zur Unkenntlichkeit zerrissen.

Der 98/15-Einwand, dass es sein Militärbetrieb schon immer Opfer gegeben habe und auch immer geben würde, wie es ja auch im zivilen Leben, etwa in der Industrie, ebenfalls immer Opfer aus Betriebsunfällen gäbe, sei gleich vorweggenommen. Natürlich werden sich vor allem bei hochtechnisierten Armeen Unfälle mit tödlichem Ausgang ereignen. Aber dieser Einwand sticht nicht. Wir haben bereits den Bürgermeister von Middletown und den Flak-General zitiert, was sie gesagt haben, das umzirkelt genau die Situation, in der sich, nicht nur in den USA, sondern auch in der Bundesrepublik, die Menschen befinden, die mit dieser angeblich narrensicheren NIKB-AJAX zu tun haben oder in deren unmittelbarem Wohnbereich Raketen-Feuerstellungen errichtet worden sind. Wie in den USA, so ist auch in der Bundesrepublik von Amerikanern und hier von deutschen Militärs immer wieder erklärt worden, dass die NIKB-Stellungen keine Gefährdung der Bevölkerung mit sich bringen würden. All e, meist instinktiv vorgetragene Einwände der betroffenen Ortschaften sind hoch offiziell als unrealistisch zurückgewiesen worden, wie das bundesrepublikanische Ledwort heisst, mit dem man jede Kritik an irgendeiner Regierungsmassnahme abseitschleift und lächerlich machen will.

In Middletown ist in dem "grossen Orangenfeuerball, der wie bei einer Atomexplosion emporstieg", auch die Beruhigungstherapie von der kranken NIKB-AJAX verordnet, die angeblich niemals vorzeitig und schon gar nicht innerhalb der Feuerstellung detonieren könne und die nur durch die vorgeschriebenen Bedienungsgriffe zur Explosion zu bringen sei. Die Sprengstücke, zwei davon in der Grösse eines Segenrades, wurden bis zu fünf Kilometer weit getragen. Die gleiche Entfernung legte ein nicht-Explodierter Sprengkopf zurück, von denen, bei einem Einzelgewicht von etwa 45 kg, jede Rakete drei Stück enthält. Eine konnte NIKB-AJAX flog ungelenkt rund 3,5 km über gewohntes Gebiet und bohrte sich als Blindflieger in die Erde. Die Druckwelle zerstörte über Meilen hinweg Fenster und Türen und riss die Dächer auf. Vincent Lopez aus Middletown berichtete als Augenzeuge: "Ich dachte, die ganze Welt geht unter!"

- 5 -

Lübecker Impressionen

P.P. Lübeck, alte Hansestadt, Stadt, in der Thomas Mann geboren wurde, Wächter der Demokratie, Stadt, in der ein Teil der Stadtväter ferne blieb, als Thomas Mann, der heimgekehrte deutsche Dichter, von seiner Stadt geehrt wurde. Geehrt von der zweiten deutschen Demokratie, Stadt, die sein Buddenbrook-Haus wieder aufbaute, Stadt, die den Dichter nicht mehr zurückkehren sah.

1. Juni 1934. Der Pfarrer Karl Friedrich Stellbrink tritt sein Amt an der Lutherkirche zu Lübeck an. Stellbrink ist gegen Hitler. Das weiss fast jeder in dieser Stadt. Er steht an Niemöllers Seite, er bekennt sich zur bekennenden Kirche. Ein Wahrheitsfanatiker. Er kämpft gegen das Unrecht.

7. April 1942. Die Gestapo nimmt den Pfarrer Stellbrink fest. Kurz darauf verhaftet sie auch die Kapläne Johannes Prassek, Hermann Lange und Édouard Müller. Wenn man Christ ist, muss man gegen Hitler und seine Schergen sein.

Treislers Volksgerichtshof wird alarmiert. An diesem Volksgerichtshof ist ein gewisser Oberreichsanwalt - er heisst Dr. Ernst Lautz.

Dr. Lautz klagt am 23. Mai 1942 14 Tschechen an. Alle 14 werden zum Tode verurteilt. Am 15. Juni 1942 klagt er 21 Tschechen an. 14 werden zum Tode verurteilt, der Rest zu Zuchthausstrafen. Im Mai 1942 klagt Herr Lautz 7 Belgier an. Die Sieben werden zum Tode verurteilt. Am 16. November 1942 klagt er den böhmischen Leopold Hanner Müller an, er wird zum Tode verurteilt. Am 24. Juli 1943 klagt er der Werkzeugschlosser Georg Littmann an, er wird zum Tode verurteilt.

Alles Todesurteile im Dienste Hitlers aus politischen Gründen.

2. März 1943. Der Volksgerichtshof ist von Berlin eigens nach Lübeck gereist. Lautz klagt den deutschen Pfarrer Stellbrink an. Er wird zum Tode verurteilt. In den Jahren 1942 und 1943 klagt Lautz 393 mal Menschen aus politischen Gründen an und 393 mal werden sie zum Tode verurteilt.

Am folgenden Tage, nachdem Stellbrink verurteilt ist, zusammen mit den drei anderen Geistlichen, werden 18 christliche Laien zu hohen Strafen verurteilt. Was hat Stellbrink getan? Er hat aufgefordert, die Stimme Gottes zu hören, die stärker ist, als die Stimme Hitlers. Kurz vor seinem Tode schreibt der Pfarrer Stellbrink am 31. Oktober 1943

28. Mai 1958

in Lübeck an seine Frau: "Gott bestimmt keinen Menschen vor seiner Geburt zur Verdammnis, versteckt selbst kein Menschenherz. Unser Wille ist ganz frei zur eigenen Entscheidung, daher können und müssen wir wollen."

10. November 1943. Drei Lübecker Geistliche gehen in Hamburg den letzten Weg zum Schaffott des Herrn Lautz.

30. Januar 1945. Tag der "Machtergreifung". Die Herren Freisler und Lautz erlassen folgenden Aufruf:

"Nationalsozialistische Kameraden und Kameradinnen!
Mehr als ein Vierteljahrhundert kämpft unser Führer für uns! Zwölf Jahre hält er am Ruder unseres Staatsschiffes den Kurs fest, sicher und stark durch Stürme hindurch in eine freie, schönere Zukunft hinein. Der Sturm schwellt zu einem Orkan blinden Hasses, der uns umtobt. Jetzt heisst es: Alle Mann an Deck! Das Letzte eingesetzt! Es geht nun um alles: Um Sein oder Nichtsein, um unser Volk! Wir denken heute an unser Gelübnis, treu uns ganz hinzugeben für Volk, Führer und Reich. Wir werden es halten, treu bis zum Letzten. Durch Treue und Opfer hindurch zu Freiheit und Leben!
Heil Hitler!
gez. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes
gez. Lautz, Oberreichsanwalt."

2. Februar 1945. Vater Alfred Delp, von Freisler verurteilt, stirbt in Berlin den Tod am Fleischerkocher. 2. Februar 1945, am gleichen Tage, stirbt Freisler im Bombernagel auf Berlin. Lautz überlebt. Überlebt sein "Werk".

Von 1951 bis 1958 bringt der Briefträger der Deutschen Bundespost zu Lübeck in die Stresemannstrasse Nr. 49, in das schöne Lübecker Villenviertel, DM 125 000 zu Lautz. Seine "Pension". 1500 DM z. natlich. Das Wohnungsamt Lübeck gibt dem neuen Beamten nämlich eine schöne Wohnung, die Bundesrepublik seinen "Sold".

Und weiter? Lautz wird "zurückgestuft". In geschlossener Verhandlung. Nun bekommt er nur noch DM 786.-- Pension monatlich ausgezahlt. Ob er damit auskommen kann?

Auskommen kann, wenn ihn eines Nachts der Schatten des Pfarrers Stellbrink besuchen sollte, um ihm eine Frage zu stellen. Und die Schatten all der anderen. 16. Mai 1958. Der "Ring politischer Jugend" in Berlin eröffnet eine Ausstellung über den deutschen Widerstand. Hier findet man das Bild des antierenden Oberreichsanwaltes Lautz während einer Verurteilung braver aufrechter Deutscher. Das Foto seiner Mordjustiz. Lautz schweigt und nimmt die Zahlungen an. Man findet in dieser Ausstellung die Fotokopie von Todesurteilen mit seiner Unterschrift.

-----+-----+-----
verantwortlich: Günter Markscheffel